

hältnisse in den Schulen habe allein politischen Gründen und nicht der objektiven Wissensvermittlung gedient. Die Jugend sollte „vom unbestrittenen Recht der Deutschen auf Pommern, Schlesien oder das Warthegebiet“ überzeugt werden. Des weiteren spricht der Vf. von der „Verfälschung und Deformierung der polnischen Geschichte“ in deutschen Geschichtslehrbüchern. In Schwarz-Weiß-Malerei habe man die Tugenden der Germanen den negativen Eigenschaften der Slawen gegenübergestellt. So sei durch die „polnische Wirtschaft“ das ehemals blühende Deutschordensland in den Ruin geraten.

Das Jahr der Machtergreifung Hitlers ist für den Vf. keine wirkliche Zäsur in der antipolnischen Ausrichtung der deutschen Schule. Die NS-Herrschaft habe vielmehr den Kurs der Weimarer Republik unter Aufnahme neuer Elemente wie Rassismus, Militarismus und Notwendigkeit des Lebensraums fortgesetzt. Im Gegensatz zur Presse, zum Radio, zu Film oder Theater sei die gegen Polen gerichtete Propaganda auch nach Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934 in den Schulen beibehalten worden. Wichtige Quellen für die „antipolnische“ Schulpolitik liegen in den Fonds des polnischen Außenministeriums, der polnischen Botschaft in Berlin und der Konsulate der Republik Polen in Deutschland, die im Hauptarchiv Neuer Akten in Warschau verwahrt werden.

Der Wert der angezeigten Arbeit wird durch das durchgehend negativ gefärbte Bild des deutschen Schulwesens in bezug auf Polen erheblich eingeschränkt. Hier entsteht der Eindruck, als ob das Hauptziel des deutschen Schulunterrichts die Vermittlung revisionistischer und chauvinistischer Gedanken gegenüber dem östlichen Nachbarn gewesen sei. Dabei wird zwischen der Weimarer Republik und dem Dritten Reich kaum ein Unterschied gemacht, obwohl sich gerade das Schulwesen in der Weimarer Zeit durch eine größere Demokratisierung und Öffnung gegenüber neuen Ideen auszeichnete. Vor allem unter dem fortschrittlichen preußischen Kultusminister Becker wurde vieles in dieser Hinsicht getan und erreicht. Die von ihm errichteten Pädagogischen Akademien waren keineswegs „Festungen des deutschen Geistes im Osten“, zumal sich die meisten von ihnen in der Mitte und im Westen Preußens befanden. Sie ersetzten vielmehr die nicht mehr zeitgemäße seminaristische Lehrerbildung. Unbestreitbar ist, daß in den Schulbüchern die Beziehungen zu Polen aus deutscher Sicht betrachtet worden sind. Das hatte gewiß eine Verengung oder Verzerrung des Geschichtsbildes zur Folge, was durch die neue Grenzziehung im Versailler Vertrag noch gefördert wurde. Um zu einer gerechten Beurteilung des Sachverhalts zu kommen, genügt aber nicht – wie vom Vf. praktiziert – die Beschränkung auf polnische archivalische Quellen. Dieses Thema kann nur sinnvoll bearbeitet werden, wenn der umfangreiche Bestand des preußischen Kultusministeriums im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz herangezogen wird. Im Blickfeld der Betrachtung müßte gleichfalls das polnische Schulwesen der Zwischenkriegszeit stehen, dessen Lehrinhalte auch nicht von anti-deutscher Propaganda frei waren. Insofern erscheint eine umfassende Bearbeitung dieses wichtigen Themas unter den genannten Voraussetzungen erforderlich. Nur so kann eine unkritische Polemik wie im Werk von G., die nur neue Gräben aufwirft, vermieden werden.

Berlin

Stefan Hartmann

Edward Kołodziej: Dzieje Polonii w zarysie 1918–1939. [Die Geschichte der Polonia im Abriß 1918–1939.] Verlag Książka i Wiedza. Warszawa 1991. 386 S., engl. Zusfass.

Die vorliegende Studie behandelt die Geschichte des Auslandspolentums in der Zwischenkriegszeit. Der Vf. folgt hier Marian Marek Drozdowski, der unter dem Begriff „Polonia“ alle Auswanderer aus polnischen Gebieten und deren Nachkommen ver-

steht, die eine enge persönliche Bindung an die polnische Kultur bewahrt haben. Das Buch beruht auf der Auswertung von Quellen im Hauptarchiv Neuer Akten in Warschau, vor allem der Fonds des polnischen Außenministeriums, der Gesandtschaften, Missionen und Konsulate.

Kapitel 1 behandelt das Polentum in Deutschland, Litauen, Lettland, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Rumänien und der Freien Stadt Danzig. Zwischen 1919 und 1922 kehrten ca. 80000 Polen aus dem Deutschen Reich in ihre unabhängig gewordene Heimat zurück. Zumeist waren das Leute mit einem ausgeprägten Nationalbewußtsein, zum Teil bedeutende gesellschaftliche Repräsentanten. Dadurch wurde das Polentum in den östlichen Gebieten des Reichs erheblich geschwächt. Die Rückwanderung aus Westfalen und dem Rheinland war demgegenüber erheblich schwächer. Viele dortige Polen zogen die Emigration nach Frankreich vor, wo ein großer Bedarf an Arbeitskräften bestand. Nach der Volkszählung von 1925 lebten 984000 Polen in Deutschland, davon 181000 mit polnischer Staatsbürgerschaft. Mehr als die Hälfte von ihnen war im Regierungsbezirk Oppeln ansässig. 1922 wurde in Berlin ein „Polnisches Nationalkomitee“ ins Leben gerufen, das die Gründung des „Bundes der Polen in Deutschland“ vorbereitete. Vorsitzende dieser Organisation waren Stanisław Sierakowski und Bolesław Domański. Die faktische Leitung lag in den Händen des Generalsekretärs Jan Kaczmarek aus Westfalen. Nach 1918 verlor die Polnische Sozialistische Partei (PPS) ihre dominierende Rolle unter den polnischen Arbeitern in Deutschland. Der Vf. entwirft ein anschauliches Bild von den vielseitigen Aktivitäten des Polenbundes, der im engen Zusammenhang mit der polnischen Gesandtschaft in Berlin stand. Der Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 verbesserte die Lage der polnischen Organisationen im Dritten Reich. Erst Anfang 1939 sollte sich das ändern. Die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen waren in der Zwischenkriegszeit durch den Streit um Teschen belastet, wo rund 72000 Polen lebten. Das Polentum in der UdSSR war über das ganze Territorium des Riesenreiches verstreut. Es konzentrierte sich allerdings mit mehr als zwei Dritteln auf die sechs westlichen Bezirke der Ukraine. Ähnlich wie in Deutschland erreichte die Reemigration von Polen in der Sowjetunion ein erhebliches Ausmaß, wozu die restriktiven Maßnahmen der bolschewistischen und später stalinistischen Behörden beitrugen. Die Beziehungen zu Litauen waren vor allem durch die Angliederung des Wilnagebiets an Polen belastet. Hier kam es in der gesamten Zwischenkriegszeit zu keiner Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen, was sich auf die Lage der Polen in Litauen nachteilig auswirkte. Besonders kompliziert waren – wie der Vf. ausführt – die Verhältnisse in der Freien Stadt Danzig. Er spricht von einer „autochthonen polnischen Bevölkerung“ in diesem Gebiet, die aus Arbeitern, Handwerkern und kleinen Kaufleuten bestand. Erst 1922 schloß sich das dortige Polentum zu einer „polnischen Gemeinde in der Freien Stadt“ zusammen. Wie andernorts im Ausland waren in Danzig polnische katholische Geistliche Exponenten der Nationalbewegung. Nicht korrekt ist die Behauptung, die polnischen Behörden hätten sich nicht in die inneren Verhältnisse der Freien Stadt eingemischt. Gerade in den zwanziger Jahren kam es immer wieder zu polnischen Eingriffen in die Belange des Freistaats.

Das zweite Kapitel beleuchtet die „Polonia“ in anderen europäischen Staaten. Am stärksten war das Auslandspolentum in Frankreich vertreten, das 1931 ca. 507000 Personen umfaßte. Ein weiterer Schwerpunkt der polnischen Niederlassung im westlichen Europa war das belgische Industriegebiet.

An der Spitze des Polentums in Übersee standen die Vereinigten Staaten. Nach der Volkszählung von 1920 verzeichnete es 2440000 Personen. Die weitaus meisten Polen waren in den USA als Arbeiter in der Industrie – vor allem in dem Zentrum Chicago – tätig. Nur sechs Prozent waren selbständige Farmer. Von besonderem Interesse

sind die Hinweise des Vfs. auf die polnischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, die gerade im Schul- und Bildungswesen eng mit der Katholischen Kirche zusammenarbeiteten. Stärker als das Polentum integrierten sich die aus Polen eingewanderten Juden in das politische und gesellschaftliche Leben der USA. Auch über das Polentum in Kanada, Brasilien, Argentinien und Australien werden viele Details vermittelt.

Das letzte Kapitel ist den Beziehungen der Republik Polen zum Auslandspolentum gewidmet. Zunächst verhinderte die wirtschaftliche Schwäche des unabhängig gewordenen Staates eine intensive finanzielle Unterstützung der Polonia. Erst 1925 entstand eine interministerielle Kommission für kulturelle Angelegenheiten des Auslandspolentums, das die Zusammenarbeit zwischen polnischen Institutionen und der Polonia koordinierte. Die meisten Zuwendungen erhielten die polnischen Organisationen in Deutschland, weil deren Förderung als Politikum angesehen wurde. Gerade angesichts des Abkommens von Locarno, das die Position des Deutschen Reiches verbesserte, hielt man die Unterstützung der dortigen polnischen Minderheit für erforderlich. Das 1929 gebildete Organisationskomitee der polnischen Vereinigungen im Ausland diente dem Zweck, den Einfluß des polnischen Staates auf die Polonia zu verstärken. Die im Juli 1929 in Warschau einberufene konstituierende Versammlung wurde von zahlreichen Repräsentanten des Auslandspolentums besetzt. Eigene Initiative entfaltete die PPS, deren Beauftragter Zygmunt Piotrowski Kontakte zu den polnischen sozialistischen Gruppierungen im Ausland herstellen sollte. Auch die mit der Nationaldemokratie verbundene *Endecja* versuchte vor allem mit Hilfe des Klerus, Einfluß auf die Polonia zu gewinnen. 1926/27 lebten etwa sechs Millionen Polen im Ausland, davon 2,5 Millionen in den USA, 1,25 in Deutschland und 1 Million in der UdSSR. Wie der Vf. ausführt, machte die Bildung von Organisationen innerhalb des Auslandspolentums am Vorabend des Zweiten Weltkrieges gewisse Fortschritte, wobei die Verschärfung der internationalen Lage eine Rolle spielte. Daraus erwuchs eine spontane Hilfsaktion für Polen im September 1939, die allerdings den Zusammenbruch des Staates nicht aufhalten konnte.

Berlin

Stefan Hartmann

Helmut Steege: Erinnerungen aus dem Spannungsfeld zweier Nationen. Erlebnisse im deutsch-polnischen Grenzgebiet 1920–1940. (Lüneburger Ostdeutsche Dokumentationen, Bd. 12.) Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk. Lüneburg 1990. VIII, 122 S., 3 Ktn.

Der Vf., nach 1945 evangelischer Pfarrer, wurde im Oktober 1919 in Petzelsdorf (Pacoltowo, Kreis Löbau) geboren, in dem Teil der Provinz Westpreußen also, der Anfang 1920 aufgrund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages an Polen fiel. Nach „einer kleinen Familienkunde“, einer Skizze der Familiengeschichte, berichtet er die Lebensumstände der Familie unter den Bedingungen der Zweiten Polnischen Republik. Die Eltern optierten für Polen (warum die Brüder ausgewiesen wurden [S. 20f.], bleibt unklar). Die „Schulzeit in polnischen Schulen und das Ergehen der Familie“ (S. 33–65) schildert Helmut Steege sehr lebendig und vermittelt ein eindrückliches Bild des Lebens als deutscher Grundschüler und Gymnasiast in einer polnischen Mehrheit. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Erinnerungen an die Jahre 1938–1940, an die wachsenden Spannungen zwischen Deutschen und Polen, an den Internierungsmarsch nach Lowicz im September 1939 und die erste Zeit nach der „Befreiung“ bis zur Einberufung in die Wehrmacht im Dezember 1940.

St.s Bericht erhebt nicht den Anspruch auf eine höhere Objektivität. Er beschreibt nüchtern und ohne Anspruch auf Exemplarizität das Leben eines deutschen Jugendlichen in Polen. Er hat polnische Nachbarn und Freunde, die ihm 1939 möglicherweise